

Frau Leitterstorf teilte mit, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde, da ihre Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei. Als Vorsitzende des Kreissozialausschusses erläuterte sie den Fahrplan für die weitere Vorgehensweise des Rhein-Sieg-Kreises. Sie habe Sympathie für das Optionsmodell, da nach ihrer Auffassung die Aufgabenerledigung durch den Rhein-Sieg-Kreis besser erfolgen könne als derzeit. Der Umstellungsprozess bereite ihr jedoch Sorgen, da die Bundesagentur für Arbeit jegliche IT-Unterstützung verweigere. Bleibe es bei dieser Haltung müssten die Akten mit einem Zeitaufwand von ein bis zwei Jahren manuell übertragen werden. Ferner sei nicht abzusehen, ob die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mitziehen. Wenn dies nicht der Fall sei, würden die Chancen sinken, im Rahmen der erforderlichen Bewerbung den Zuschlag für die begrenzte Anzahl der vorgesehenen Optionsmodelle zu erhalten. Den Ängsten der Städte und Gemeinden vor finanziellem Mehraufwand könne durch eine Selbstbindung des Rhein-Sieg-Kreises begegnet werden, keine zusätzlichen Mittel aufzuwenden. Es müsse aber auch geprüft werden, ob die jetzt entwickelten Ideen in gemeinsamer Trägerschaft zwischen Rhein-Sieg-Kreis und Bundesagentur für Arbeit verwirklicht werden können und wie eine Einbindung der Städte, Gemeinden und Räte bei diesem Modell erfolge.

Für die SPD-Fraktion begründete Frau Bergmann-Gries die ablehnende Haltung zu dem Verwaltungsvorschlag. Auf Grund der positiven Erfahrungen mit „ProJob“ werde das Optionsmodell unterstützt. Gegen die Absicht des Bundes, die schulische Förderung künftig über die ARGE abzuwickeln, bestünden erhebliche Bedenken. Diese Aufgabe sei in kommunaler Hand besser aufgehoben. Das Optionsmodell stehe für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Politik, dem Klientel, der Wirtschaft und der Verwaltung. Hinsichtlich der angesprochenen IT-Problematik müssten auf jedem Fall Lösungen gefunden werden.

Herr Metz wies auf die unterschiedlichen Positionen der CDU, SPD und FDP auf Bundes-, Landes und Kommunalebene hin. Dies zeige, dass viele Fragen offen stehen. Er bedauerte, dass im Rahmen einer sachlichen Abwägung in der Verwaltungsvorlage keine für das Optionsmodell sprechenden Gründe aufgeführt sind. Seine Fraktion spreche sich aus unterschiedlichen Gründen für das Optionsmodell aus. Beispielhaft führte er die Arbeitsvermittlung, örtliche Flexibilität, politischer Einfluss und Verknüpfung mit sonstigen kommunalen Leistungen auf. Zudem sprächen die positiven Erfahrungen der Kommunen, die bereits das Optionsmodell anwenden, eine eindeutige Sprache. Daher werde der Verwaltungsvorschlag seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht unterstützt.

Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zustimmen. Herr Lienesch stellte die positiven Erfahrungen mit „ProJob“ nicht in Abrede, erkannte vor dem Hintergrund der Ausführungen der Verwaltung im Fachausschuss hierin jedoch kein Indiz, das für das Optionsmodell spreche. Er dankte dem Bürgermeister für die Einholung eines politischen Votums in dieser Angelegenheit. Er hätte in dieser Angelegenheit auch ohne den Rat entscheiden können.

Für die FDP-Fraktion erklärte Frau Jung, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Beispielhaft führte sie die bestehende IT-Problematik auf, die vor dem Optionsmodell abschrecke.

Herr Metz und Herr Radke dankten der Verwaltung für die kurzfristige Einberufung des Fachausschusses und die gute Sitzungsvorbereitung, trotz terminlichen Drucks.

Der Bürgermeister erläuterte, der positiven Haltung des Landrates zum Optionsmodell grundsätzlich zuzustimmen. Er bezweifle jedoch, dass dies ohne Erhöhung der Finanzmittel zumindest in der Anfangszeit zu schaffen sei. Beispielhaft führte er die bereits erwähnte IT-Problematik sowie den Schulungsbedarf der von der Arbeitsagentur zu übernehmenden Mitarbeiter auf. Er werde seine Haltung dem Landrat in einem am 07.10.2010 stattfindenden Gespräch mitteilen.

Anschließend fasste der Rat folgenden Beschluss.